Sozialdemokratische Partei Speicher

Judith Egger, Präsidentin
Seeblickstrasse 45
9037 Speicherschwendi

Kantonskanzlei Appenzell Ausserrhoden
Kantonsrat

9001 Herisau

Speicher, 10. Januar 2006

Volksdiskussion
zum Gesetz über die Verwendung der ausserordentlichen Nationalbankgewinne

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Grundsätzliches

Als zentrales Anliegen stellt die SP Speicher dem Kantonsrat den Antrag, die Steuergesetzrevision sei grundsätzlich von der Verwendung des dem Kanton Appenzell Ausserrhoden zugewiesenen Anteils des Ertrages aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank zu entkoppeln.
Eine Steuergesetzrevision sei demzufolge unabhängig von der Verwendung der Goldmillionen auszuarbeiten und dem Volk als Steuergesetzrevision zur Abstimmung vorzulegen.

Das Nationalbankgoldgesetz ist unseres Erachtens ein Konstrukt, das aufgrund eines willkürlichen Entscheides einen künstlichen Zusammenhang zwischen dem Anteil aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank und dem Steuergesetz/Steuersenkung schafft.

Die SP Speicher erachtet es als höchst problematisch, dass ein Gesetz geschaffen wird, das im wesentlichen die Revision eines anderen Gesetzes zum Gegenstand hat.

Die SP Speicher beantragt im Gegenzug, dass der Regierungsrat mit dem unerwartet zur Verfügung stehenden Goldsegen Investitionen tätige, indem er:

1. Aufgaben anpackt, die in den letzten Jahren zurück gestellt wurden
2. Projekte umsetzt, die er sich selbst im Regierungsprogramm gestellt hat.
3. grundsätzlich Aufgaben in Angriff nimmt, von denen anzunehmen ist, dass der gesellschaftliche Nutzen den Mitteleinsatz längerfristig übersteigt.

   Insbesondere denken wir an Investitionen im Bereich erneuerbare Energien. Dieser ist überdurchschnittlich arbeitsplatzintensiv. Eine Entwicklung in diesem Bereich ist zudem wichtig und in Anbetracht der Auslandabhängigkeit der Schweiz und der Verknappung der nicht erneuerbaren Energien zwingend.

   Förderung der Integration im weitesten Sinne.

   Förderung von Familien/Tagesstrukturen

   Wir können uns auch die Prüfung von Investitionen in weiterführende Schulen vorstellen, für die schweizweit ein Bedarf besteht, nachdem Angebote (z.B. im gestalterischen Bereich) im Zuge der Sparmassnahmen in andern Kantonen gestrichen wurden.

Es leuchtet nicht ein, weshalb sich die Regierung auf das hoffnungsfrohe Warten auf die Superreichen versteift, anstatt Geld zu investieren und damit volkswirtschaftliche Entwicklung zu generieren.

Schuldenabbau

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden weist mit einer Verschuldung von Fr. 2265.00 pro Kopf im schweizerischen Vergleich die zweitgeringste Verschuldung auf. Eine noch tiefere Pro-Kopf-Verschuldung findet sich mit Fr. 2250.00 nur noch im Kanton Appenzell Innerrhoden. Auf diesem Hintergrund Schuldenabbau im grossen Stil zu propagieren, ist für die SP Speicher nicht mehr nachvollziehbar und ist Ausdruck einer unreflektierten Ideologie.

Grundsätzlich könnten sich Minderausgaben durch Schuldenabbau und Ausfälle bei den Steuereinnahmen (durch Steuersenkungen bzw. eine Steuergesetzrevision) die Waage halten. Langfristig funktioniert diese Balance – auf welchem Niveau auch immer - jedoch nur, wenn künftig keine neuen grösseren Investitionen getätigt oder keine weiteren Aufgaben übernommen werden. Mit einer solchen Politik des Schuldenabbaus mit gleichzeitigen Steuersenkungen würden sinnvolle Investitionen in zukunftsweisende Projekte verhindert, da die benötigten Mittel nicht mehr zur Verfügung stünden.

Die Attraktivität eines Kantons als Wohnort besteht ganz offensichtlich nicht in einer tiefen Pro-Kopf-Verschuldung, sondern in den Möglichkeiten, die ein Kanton als Lebensraum bietet. In diesem Sinne sind wir als SP nicht primär an Schuldenabbau interessiert, sondern an Investitionen mit längerfristigem Nutzen für die Allgemeinheit.

Steuergesetzrevision

1. Inhaltlich kritisiert die SP Speicher die geplante Steuergesetzrevision vehement, da diese die Reichen mehr begünstigt als den Mittelstand und die Armen. Die SP Speicher will den Mittelstand steuerlich entlasten und die Familien fördern.

2. Die vorgeschlagene degressive Steuerskala erachtet die SP Speicher als äusserst groben Verstoss gegen die Steuergerechtigkeit und damit als Kampfansage an den sozialen Frieden.

3. Die vorgesehene steuerliche Bevorzugung der Superreichen steht für die SP Speicher zudem klar im Widerspruch mit der in Bezug auf das Steuerklima formulierten Zielsetzung im Regierungsprogramm.

Projekt 3: Schaffung eines günstigen Steuerklimas

> Ein Steuersystem mit zusätzlichen finanziellen Anreizen fördert den Zuzug von Einwohnerinnen und Einwohnern, sowie von Unternehmungen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen."
>
> (Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2003-200, S. 12)

Aus der in Projekt 3 formulierten steuerpolitischen Absichtserklärung kann nicht abgeleitet werden, dass ein Steuerklima besonders für die Superreichen geschaffen werden soll. Projekt 3 zielt neben dem Zuzug von Unternehmen letztlich nämlich auf eine Erhöhung der Bevölkerungszahl. Dieses Ziel wird durch eine steuerliche Begünstigung der Superreichen sicher nicht erreicht.

Steuerwettbewerb

1. Die SP Speicher verurteilt den vom Regierungsrat eingeschlagenen Weg des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen grundsätzlich.

Der mit der vorgeschlagenen Steuergesetzrevision angeheizte Steuerwettbewerb unter den Kantonen ist langfristig ruinös und deshalb sowohl staatspolitisch als auch volkswirtschaftlich

unverantwortbar. Auf der Verliererseite stehen der Staat, dem Geld entzogen wird, und mit ihm der überwiegende Teil der Bevölkerung, auf der Gewinnerseite finden sich einige wenige Superreiche.

Die SP Speicher geht davon aus, dass die Rechnung aber auch für den Kanton Appenzell Ausserrhoden letztlich nicht aufgeht.

Der inszenierte Steuerwettbewerb unter den Kantonen endet nach Einschätzung der SP Speicher im Steuerwettbewerb unter den europäischen Ländern.

2. Der Steuerwettbewerb in der vom Regierungsrat angestrebten Dimension ist auch als zunehmende Entsolidarisierung zu verstehen, nicht nur zwischen den Kantonen, sondern auch als Entsolidarisierung zwischen ländlichen Regionen und Regionen mit Zentrumsfunktionen. Das könnte sich in letzter Konsequenz als Bumerang für unseren Kanton erweisen. Beispielsweise könnten Konkordate von andern Kantonen in Frage gestellt und aufgekündigt oder zu für Ausserrhoden ungünstigeren Bedingungen neu ausgehandelt werden. Was nicht nur verständlich wäre, sondern geradezu erwartet werden muss. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden ist, was Kultur- und Ausbildungsangebote anbelangt, in hohem Masse abhängig von den übrigen Kantonen. Eine Verschlechterung in dieser Hinsicht, wäre klar eine Verschlechterung der Position von Appenzell Ausserrhoden als Wohnkanton. Als Folge des gnadenloses Steuerwettbewerbs ist zudem bei den BundesparlamentarierInnen anderer Kantone mit einer abnehmenden Bereitschaft zu rechnen, sich für den Service public oder die Randregionen einzusetzen. Die SP Speicher erwartet, dass der Kantonsrat Folgen dieser Art in seine Überlegungen mit einbezieht.

Diese Entsolidarisierung im grossen Stil zu fördern, widerspricht schliesslich dem im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2003-2007 formulierten Leitsatz 4: „Wir verstärken die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerkantonal, in der Ostschweiz und im Bodenseeraum.“ Und es befremdet, dass das heraufbeschworene Wir-Gefühl, das sich durch das Regierungsprogramm zieht, an der Kantonsgrenze aufhört, ja eigentlich nicht einmal innerkantonal gilt, wenn wir die steuerliche Bevorzugung der Reichen bedenken.

3. Die plötzlich angestrebte Positionierung von Appenzell Ausserrhoden als Steuerparadies für Superreiche nach dem Vorbild von Schwyz, Zug und Obwalden bedarf nach Auffassung der SP Speicher einer gesonderten Diskussion in der Bevölkerung.

Gemeindeautonomie

Nur am Rande sei eine Bemerkung zur Frage der Gemeindeautonomie angefügt. Juristisch mag die Gemeindeautonomie als nicht verletzt eingeschätzt werden. Die Beliebigkeit, mit welcher der Regierungsrat einerseits gegen eine Einmischung des Bundes bei der Verwendung des Goldvermögens argumentiert, gleichzeitig den Gemeinden aber vorschreibt, wie diese ihren Anteil am Goldvermögen zu verwenden haben, ist stossend.

Wir zitieren aus dem Bericht des Regierungsrates über die Verwendung der ausserordentlichen Nationalbankgewinne (Juni 2005)

„Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre eine Auflage, das Goldvermögen für den Schuldenabbau einzusetzen zu begrüssen. Eine solche Auflage für die Kantone würde aber in Widerspruch zur finanziellen Autonomie der Kantone stehen.“ (S.2)

„Der Anteil der Gemeinden soll mit der Auflage verbunden werden, ausschliesslich Schulden abzubauen.“ (S.2)

Zusammenfassung: Ohne weitgehende Nachbesserungen in der oben beschriebenen Form lehnt die SP Speicher das Nationalbankgoldgesetz ab.

Für die SP Speicher: Judith Egger, Präsidentin
Andreas Brunner, Gemeinderat